

2320/AB XXII. GP

Eingelangt am 18.01.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

GZ. BMF-310205/0062-I/4/2004

Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Dr. Andreas Khol

Parlament
1017 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Ruth Becher und GenossInnen, Nr. 2341/J-NR/2004, vom 18. November 2004, betreffend Hofierung des Hayek-Instituts, beehre ich mich, Folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich zum wiederholten Male festhalten, dass die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“, die so klingende Namen wie Carl Menger, Friedrich Wieser, Eugen von Böhm-Bawerk, Josef A. Schumpeter, Ludwig v. Mises, Friedrich A. v. Hayek usw. hervorgebracht hat, auch heute weltweit klare theoretische und wirtschaftspolitische Vorstellungen erzeugt. Im Heimatland Österreich hingegen ruft dieser Begriff selbst unter studierten Ökonomen kaum irgendwelche Assoziationen hervor.

Da jedoch gerade die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ weltweit in der Wirtschaftspolitik wieder an Bedeutung gewinnt, ist es meiner Meinung nach besonders wichtig, dass das Gedankengut dieser „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ auch an den österreichischen Universitäten initiiert wird.

Auch die Schumpeter Gesellschaft, als deren Gründer und Präsident der sozialdemokratische Bundeskanzler a.D. Dr. Franz Vranitzky fungiert, hat die Bedeutung dieser Schule erkannt. Schumpeter war einer der führenden Köpfe der dritten Generation der "Österreichischen Schule der Nationalökonomie". So wirkt diese Gesellschaft etwa an der Verleihung des Schumpeter Preises mit, der seit 1991 alljährlich vergeben und vom Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl überreicht wird. Mit dieser Auszeichnung soll an den lange Zeit an der Universität Harvard lehrenden, österreichischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter erinnert werden, dessen Werk gleichermaßen von der wirtschaftlichen Theorie, der Politik und der Praxis gekennzeichnet ist.

Das private und politisch unabhängige Friedrich August von Hayek-Institut beschäftigt sich ebenfalls mit der Tradition der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“. Dabei lehnt es sich in seiner Organisationsform und Ausrichtung sowohl an die Hoover Institution, Stanford University, an das Institute for Economic Affairs in London wie auch an das ICER in Turin an und kooperiert auf internationaler Basis mit ähnlichen wissenschaftlichen Institutionen. Das IIAE schafft ein Forum für einen redlichen akademischen Diskurs zu Themen von wirtschafts- und finanzpolitischer Relevanz, an welchem sich führende Wissenschaftler aus Europa, aus den USA und anderen Ländern aktiv beteiligen.

Bedenkt man, dass "in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann" (Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 11), so erkennt man auch, wie wichtig eine breite Betrachtung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Herausforderungen ist. Dass es daher im Interesse des Bundesministeriums für Finanzen als Förderungsgeber liegt, dass Studien zu Fragen des Steuersystems und zur Finanzierung des europäischen Wohlfahrtsstaates auf hohem Niveau angestellt werden, liegt auf der Hand.

Veranstaltungen, wie jene, auf welche sich die gegenständliche Anfrage bezieht, werden vom Bundesministerium für Finanzen – mit meiner Unterstützung – durchgeführt, da dies eine Gelegenheit darstellt, einen geistigen Austausch verschiedener wirtschaftspolitischer Richtungen zu pflegen. Es wird dabei Offenheit im Diskurs als Signal für ein offenes Klima verstanden, welches nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch anzustreben ist.

Auch die Österreichische Nationalbank und das WIFO schöpfen aus dem transparenten Potenzial einer öffentlichen Diskussion aktueller wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Fragestellungen unter Einbindung internationalen Know-hows und einer breitestmöglichen Einflechtung verschiedener Zugänge zur jeweiligen Thematik. Hier möchte ich etwa auf die jüngst stattgefundene Konferenz der OeNB, des WIFO und der Universität Wien zum Thema "Capital Taxation after EU Enlargement", auf die Volkswirtschaftliche Veranstaltungsreihe der OeNB (z.B. "Conference on European Economic Integration 2004") oder diverse jährlich stattfindende Tagungen der OeNB wie die "Volkswirtschaftliche Tagung" hinweisen.

Es ist daher ausschließlich auf sozial- und wirtschaftswissenschaftliches Interesse des Bundesministeriums für Finanzen zurückzuführen, dass dem IIAE für die Analysen und Anregungen, die auf Basis der Lehren der "Österreichischen Schule der Nationalökonomie" durchgeführt werden, Förderungen gewährt wurden.

Nun zu den konkreten Fragen:

Zu 1.:

Zunächst ist an dieser Stelle festzustellen, dass die Ermöglichung eines Gedankenaustausches mit Experten zu den in das Aufgabengebiet des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Themenkreisen selbstverständlich auch in den eigenen Räumlichkeiten stattfinden kann. Im gegenständlichen Fall kamen im Rahmen der internationalen Konferenz "Austrian Economic Today" renommierte ausländische Wissenschaftler nach Wien. Die Räumlichkeiten des Bundesministeriums für Finanzen wurden dabei für Vorträge, Diskussionen und Kontaktpflege zwischen der Wissenschaft und dem interessierten Publikum zur Verfügung gestellt.

Neben dem inhaltlichen Nutzen einer Auseinandersetzung mit den Überlegungen rund um das Thema eines Steuerwettbewerbes aus wissenschaftlicher Betrachtungsweise konnte insbesondere auch Österreich als Wissenschafts- und Forschungsstandort präsentiert werden. Die Abhaltung einer solchen hochkarätig besetzten Veranstaltung nutzt somit insgesamt den österreichischen Interessen und seiner Stellung in der internationalen Wissenschaftslandschaft. Außerdem waren Bedienstete des Bundesministeriums für Finanzen zu dieser Veranstaltung eingeladen, sodass hier ein ganz konkretes wirtschaftswissenschaftliches Weiterbildungsangebot genutzt werden konnte.

Zu 2. und 3.:

Die Energiekosten für das Bundesministerium für Finanzen belaufen sich wegen der Dauer der Veranstaltung in einem marginalen Bereich.

Zu 4. und 5.:

Das Bundesministerium für Finanzen hat für Ordner- und Garderobedienst zwei Mitarbeiterinnen zur Verfügung gestellt. Infolge der Abwicklung der Zeiten der Anwesenheit über eine Zeitgutschrift sind dadurch keine zuordenbaren Personalkosten angefallen.

Zu 6.:

Es gibt im internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs zahlreiche Argumente für und gegen den Steuerwettbewerb von Standorten. Jede akademische Debatte dient dazu, die Argumente pro und contra darzulegen. Steuerwettbewerb ist nicht grundsätzlich schädlich. Ich bin aber dafür, dass es gewisse Spielregeln geben soll, um etwa schädliche Auswirkungen hintanzuhalten.

Dass eine aktive Auseinandersetzung mit dieser Frage geboten ist, zeigt die dynamische internationale Entwicklung. So beklagte etwa die Wirtschaft seit Jahren, dass die Organschaftsregelungen im Körperschaftsteuerrecht veraltet, bürokratisch und damit nicht mehr den modernen internationalen Standards entsprechen. Nun ist es aber bekannt, dass Unternehmen dort investieren, wo die Kostenbelastung gering ist. Hochqualifizierte, mobile Arbeitskräfte suchen dort Beschäftigung, wo ihre Leistungen und Verdienstmöglichkeiten nicht durch hohe Grenzsteuersätze beeinträchtigt

werden. Österreich drohte somit Gefahr zu laufen, durch modernere Gruppenbesteuerungsregelungen anderer Länder einen großen Standortnachteil zu erleiden. Die im Zuge der größten Steuerreform der zweiten Republik beschlossenen Maßnahmen, wozu auch die Neuordnung der nicht mehr zeitgemäßen Besteuerung von Unternehmensverbänden zählt, haben hier rechtzeitig die richtigen Signale für den Standort Österreich gesendet.

Zu 7. bis 9.:

Derzeit sind keine weiteren Veranstaltungen des IIAE im Bundesministerium für Finanzen geplant.

Zu 10.:

Die Räumlichkeiten des Bundesministeriums für Finanzen stehen grundsätzlich für Vorträge, Diskussionen und Veranstaltungen zur Verfügung, die in einem Zusammenhang zum Aufgabenbereich des Ressorts stehen. Ich verweise dazu beispielsweise auf Aktivitäten des WIFO, IHS etc. Über derartige Veranstaltungen werden keine eigenen Aufzeichnungen geführt. Ich ersuche daher um Verständnis dafür, dass ich auch im Hinblick auf den unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand, den eine derartige Erhebung erfordern würde, diese Frage nicht konkret beantworten kann.

Zu 11.:

Für die angesprochenen Veranstaltungen beschränken sich die Kosten in der Regel auf Energiekosten des Bundesministeriums für Finanzen. Hinsichtlich zusätzlicher Personalkosten verweise ich auf meine Beantwortung zu den Fragen 4 und 5. Hinsichtlich fallweise anfallender weiterer Kosten, wie etwa Bewirtung, verweise ich auf meine diversen Anfragebeantwortungen betreffend den Repräsentationsaufwand. Auch hier ist aus verwaltungsökonomischen Gründen eine Zuordnung der Kosten zu den einzelnen Veranstaltungen nicht möglich.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber darauf hinweisen, dass - wie ich dies bereits mehrmals bei einschlägigen Anfragebeantwortungen darlegen durfte - diese Bundesregierung hinsichtlich der Repräsentationsaufwendungen äußerst sparsam mit den Mitteln der SteuerzahlerInnen umgeht. Ich verweise hierzu darauf, dass mein Amtsvorgänger Finanzminister Edlinger in den Jahren 1998/1999 für Repräsentationen € 174.091,-- aufwendete, während ich für derartige Aktivitäten in den Jahren 2001 bis 2003 nur € 166.109,-- benötigte. Dies bedeutet: 2 Jahre Edlinger entsprechen 3 Jahren Grasser.

Zu 12. bis 14.:

Eine Förderung des IIAE erfolgt selbstverständlich nur dann, wenn im Bundesministerium für Finanzen ein entsprechendes Förderansuchen einlangt. Dieses ist dabei weiters darauf zu prüfen, ob die zu fördernden Projekte auch im Interesse des Bundesministeriums für Finanzen liegen.

Tatsächlich wurde für die Veranstaltung am 18. November 2004, zu welcher ich das in der Einladung enthaltene Programm anschließe, eine Förderung in der Höhe von € 65.000,-- gewährt. Dies entspricht einem Großteil der mit der Abhaltung der Veranstaltung verbundenen Kosten für Organisation, Referentenbetreuung und -vergütungen sowie Publikationen. Zu den Gründen verweise ich auf meine einleitenden Ausführungen und meine Beantwortung zu Frage 1.

Für die Zukunft gibt es derzeit keine konkreten Vorhaben.

Zu 15. und 16.:

Wie mir berichtet wird, wurden dem IIAE seitens des Bundesministeriums für Finanzen darüber hinaus 2004 keine öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise Mittel zur Verfügung gestellt. Für 2005 existieren derzeit keine diesbezüglichen Vorhaben.

Vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erhielt das IIAE für 2004 Förderungsmittel in Höhe von € 200.000,--. Hinsichtlich allfälliger sonstiger 2004 getätigter beziehungsweise für 2005 geplanter Zuwendungen von Seiten anderer Ressorts war das Bundesministerium für Finanzen unter Berücksichtigung der budgetrechtlichen Wertgrenzen nicht zu befassen, weshalb ich dazu keine Aussage tätigen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Anmerkung der Parlamentsdirektion:

Die vom Bundesministerium übermittelten Anlagen stehen nur als Image zur Verfügung.